

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:
Kinder- und Jugendamt

Betreff:

**Weiterentwicklung der allgemeinen
niederschweligen Sozialberatung in
Heidelberg**

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Jugendhilfeausschuss	23.03.2010	Ö	() ja () nein	
Sozialausschuss	24.03.2010	Ö	() ja () nein	

Inhalt der Information:

Jugendhilfeausschuss und Sozialausschuss nehmen die Information der Verwaltung über die Weiterentwicklung der allgemeinen Sozialberatung für Familien zur Kenntnis.

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern
SOZ 2	+	Diskriminierung und Gewalt vorbeugen
		Begründung: Durch die Verbesserung der allgemeinen Sozialberatung für Familien in Heidelberg können deren Probleme besser erfasst und die Betroffenen zielgerichteter der jeweils zuständigen Einrichtung zugeführt werden.
DW 1	+	Ziel/e: Familienfreundlichkeit fördern
		Begründung: Die Verbesserung der allgemeinen Sozialberatung ermöglicht es bedürftigen Familien, zielgenau und zeitnah die erforderlichen Hilfen zu erhalten.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 29.07.2009 die Verwaltung beauftragt, alternative Konzepte für eine dezentrale und niedrighschwellige, ganzheitliche Sozialberatung für Familien zu entwickeln und vorzustellen.

Vorausgegangen war die Diskussion über die derzeitige Beratungssituation für Familien in Heidelberg und die damit verbundenen Forderung nach einer Anlaufstelle für Ein-Eltern-Familien. Nach eingehender Beratung und unter Einbeziehung aller Beteiligten ist der Gemeinderat mehrheitlich zu dem Ergebnis gekommen, dass die Schaffung einer Anlaufstelle für Ein-Eltern-Familien fachlich nicht sinnvoll und damit nicht notwendig ist.

Gleichwohl waren sich alle Beteiligten darüber einig, dass die allgemeine Sozialberatung für Familien optimiert werden soll. Das Augenmerk sollte dabei auf Qualifikation, Umorganisation und Kooperation liegen. Die Schaffung neuer Personalstellen war nicht vorgesehen.

Die Verwaltung hat nach Möglichkeiten gesucht, unter den geschilderten Rahmenbedingungen das Beratungsangebot im Sinne des Beschlusses transparenter und damit nutzbarer zu machen.

Vorrangiges Ziel war, die allgemeine Sozialberatung dezentral, niederschwellig und ganzheitlich anzubieten. In den Gesprächen mit den auf diesem Gebiet tätigen Trägern der freien Wohlfahrtspflege wurde jedoch deutlich, dass diese mit Blick auf die vorhandenen personellen Ressourcen und den Auslastungsgrad in der Beratung keine Möglichkeit sehen, daneben bzw. darüber hinaus dezentrale Sprechstunden, beispielsweise in den Bürgerämtern, durchzuführen.

Im Weiteren galt das Augenmerk der Verbesserung der Beratungsqualität und –quantität innerhalb der städtischen Dienststellen und Ämter.

Der beim Personal- und Organisationsamt (11) angesiedelte Bürgerservice hat sich mittlerweile bei der Heidelberger Bevölkerung eine hohe Reputation als kompetente Auskunft- und Servicestelle erworben. Aufgrund der dort bereits vorhandenen umfangreichen Datenbank konnten die Mitarbeiterinnen schon seither auch in sozialen Fragen eine Lotsenfunktion übernehmen.

Die zuständigen Fachämter Amtes für Soziales und Senioren (50) und Kinder- und Jugendamt (51) haben sich mit dem Bürgerservice darauf verständigt, die bereits vorhandene Wissensbank quantitativ und qualitativ weiter auszubauen und einer breiteren Mitarbeiterschaft zur Nutzung bereitzustellen. Dies ist zwischenzeitlich geschehen. Gemeinsam führte man einen Abgleich, die Aktualisierung und Ergänzung der Daten durch. Darüber hinaus flossen die Anregungen und Ergänzungen der Erziehungsberatungsstellen, die umfassende Erfahrungen mit den Sorgen und Anliegen von Familien in besonderen Lebenslagen haben, in den Datenbestand ein. Daneben wurde dessen kontinuierliche Pflege und Aktualisierung vereinbart.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes 50 sowie des Amtes 51 haben nunmehr Zugriff auf die umfangreichen Informationen über das bestehende Beratungsnetzwerk und dessen spezifisches Leistungsspektrum.

Das Bürgeramt hat nach Rücksprache seine Bereitschaft erklärt, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten bei der Optimierung der Beratungsqualität einzubringen bzw. einen wichtigen Beitrag zu leisten. Auch den Bürgerämtern in den einzelnen Stadtteilen stehen künftig die Daten des Bürgerservices zur Verfügung. Desweiteren ist eine bedarfsorientierte Unterrichtung und Schulung durch die Fachämter 50 und 51 geplant.

Die Aufbereitung bzw. Aktualisierung städtischer Internetseiten ist derzeit in Arbeit.

Die Verwaltung sieht in den getroffenen und bereits umgesetzten Maßnahmen einen sinnvollen und wichtigen Beitrag, die niederschwellige Sozialberatung in Heidelberg weiterzuentwickeln und besser zu vernetzen.

Diese dezentral verfügbare Datenbank wird fortlaufend gepflegt und aktualisiert, sodass jederzeit dezentral und niedrigschwellig eine umfassende, kompetente und zielgerichtete Beratung erfolgen kann.

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner